

Perspektiven der Flüchtlings- und Migrationsberatung in Rheinland-Pfalz

Das Land Rheinland-Pfalz hat in den vergangenen Jahren den Ausbau der Flüchtlings- und Migrationsberatung der Wohlfahrtsverbände verstärkt unterstützt. Dadurch und durch eine signifikante Erhöhung der Eigenmittel von Kirche und Diakonie konnten gute und verlässliche Strukturen geschaffen und ausgebaut werden. Nunmehr stehen wir aber vor einem Scheidepunkt.

Der öffentlichen Hand fehlen, durch die Auswirkungen der Pandemie und, aktuell zusätzlich, durch die Flutkatastrophe, Finanzmittel zur Stärkung der bisherigen Arbeit.

Auf der anderen Seite müssen aber auch die kirchlich-diakonischen Träger dafür sorgen, dass ihre Eigenmittel vermindert werden, weil auch in ihren Haushalten viele Mittel durch die Auswirkungen der Pandemie weggebrochen sind.

Die neue Regierungskoalition in Rheinland-Pfalz hat auf die angespannte Haushaltsituation mit dem sog. Haushaltsvorbehalt reagiert. D.h. „zusätzliche“ Ausgaben z.B. im Bereich der psychosozialen Versorgung von Kindern und Jugendlichen, die sogar im Koalitionsvertrag explizit genannt werden, können nur realisiert werden, wenn im Haushalt des zuständigen Ministeriums an anderer Stelle eingespart wird. Dies kann nicht gelingen.

Sollte dieser Ansatz stringent durchgeführt werden, wird es, wie oben dargelegt, zu einem Abbau von Beratungs- und Unterstützungsstrukturen führen.

Zwei Bereiche sind hier besonders hervorzuheben: zum einen der landesgeförderte Migrationsfachdienst. An diesen Dienst kann sich jede Person, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus wenden. Derzeit gibt es noch sechs Kreise und Städte, in denen ein solches Angebot überhaupt nicht vorgehalten werden kann. Ein Aufbau hier und die Absicherung der bestehenden Angebote wäre dringend von Nöten, ansonsten drohen noch weitere, blinde Flecken.

Auch die psychosoziale Versorgung von Geflüchteten wurde in den letzten fünf Jahre gestärkt. Aktuell gibt es sechs Standorte, die traumatisierten Personen begleiten und Therapien anbieten können. Ein Aufwuchs der Mittel ist auch hier dringend von Nöten, da nur ein Bruchteil der Betroffenen versorgt, die Wartelisten lang sind und es z.B. so gut wie keine Angebote für belastete Kinder und Jugendliche gibt.

Deswegen ist es wichtig, die bestehenden Strukturen zu stützen und sukzessive auszubauen, da ein wesentlicher Bestandteil des sozialen Zusammenhaltes und der Zukunftsperspektiven unserer Gesellschaft eine gelingende Integration und Partizipation zugewanderter Menschen ist.

Uli Sextro, Landesweiter Referent für Flucht und Migration bei der Arbeitsgemeinschaft Diakonie in Rheinland-Pfalz